

## Terminkalender

### Bundestagsberatungen

11. bis 14. Mai  
25. bis 29. Mai  
15. bis 19. Juni  
29. Juni bis 3. Juli

### Bundesversammlung

23. Mai Bundespräsidentenwahl, Berlin

### Wahlkampf/Infostand

19. Mai in Gägelow  
27. Mai in Schwerin,  
11 Uhr, am Pfaffenteich  
27. Mai in Warin,  
14 bis 16 Uhr  
29. Mai in Wismar,  
10 bis 12 Uhr am Markt

### Veranstaltungen

5. Juni Grußwort auf dem Bundesvertretertag des BRH, Berlin  
11. Juni Forum der Volkssolidarität, Dresden  
27. Juni Schirmfrau beim Gesundheitsmarkt, Plau

### Parteitag

20. und 21. Juni  
Wahlparteitag der LINKEN, Berlin

### Bundestagsbüro

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030.22770067  
Fax: 030.22776076  
martina.bunge@bundestag.de

### Wahlkreisbüros

in Wismar, Rostock, Parchim, Lütz, Grevesmühlen und Gadebusch

Kontakt über  
Lübsche Straße 97  
23966 Wismar  
Telefon: 03841.3265993  
Fax: 03841.3265994

Björn Griese  
Mobil: 0173.2140583  
martina.bunge@wk.bundestag.de

Rainer Raeschke  
Mobil: 0172.3201859  
martina.bunge@wk2.bundestag.de

## Diätenspende

# Mit dem Bus nach Berlin



„Wir zahlen nicht für eure Krise“ hieß es am 28. März bei zwei großen Demonstrationen in Berlin und Frankfurt am Main. Menschen vor allem aus Ost- und Norddeutschland waren dazu in die Hauptstadt gekommen, so auch aus Mecklenburg-Vorpommern. Die Anreise mit dem Bus unterstützte Dr. Martina Bunge

(rechts im Bild) mit einer Spende. Das Geld stammt aus einer Diätenerhöhung, die alle Mitglieder des Bundestages seit 2008 erhalten. Wie die übrigen Abgeordneten der Linksfraktion spendet Dr. Martina Bunge diese Erhöhung. Sie unterstützt damit jeden Monat ein anderes soziales Projekt.

## Änderung des Waffenrechts

# Keine Waffen zu Hause

Immer wenn etwas passiert ist, branden die Debatten zum Waffenbesitz von Privatpersonen auf, um aber auch bald wieder zu verebben. Gesetzliche Änderungen würden sicher nicht die vorhandene Gewaltbereitschaft zurückdrängen, doch sie könnten Schusswaffen weitestgehend dem spontanen Zugriff entziehen. Solchen schrecklichen Ereignissen wie in Erfurt und Winnenden wäre so eine ganz wesentliche Grundlage entzogen. DIE LINKE verlangt deshalb ein generelles Verbot für die Aufbewahrung von Schuss-

waffen in Privathaushalten. Soweit es Ausnahmen geben muss, sind unangemeldete Kontrollen zu gewährleisten. Stattdessen sind Schusswaffen bei Sportvereinen und anderen geeigneten Stellen aufzubewahren sowie ständig zu be- und überwachen. Wie bisher soll die Pflicht zur getrennten Aufbewahrung von Waffen und Munition gelten. Weiterhin fordern wir ein zentrales Waffenregister oder entsprechend vernetzte regionale Register. Zudem sollen fälschungssichere Waffenscheine eingeführt werden.

Antrag, DS 16/12395



# Nr. 12

Mai/Juni 2009

Grundsicherung contra Kinderarmut • Schuldengefahr eindämmen • Rentenüberleitung: Regierung muss handeln • Rente mit 67: widersinnig • Spende für Demo-Bus • Keine Schusswaffen zu Hause

# klipp und klar.

Dr. Martina Bunge informiert

## Auf ein Wort

# Mit Gerechtigkeit gegen die Krise

**Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,**

keine Ausgabe ohne das leidige Thema Krise. Sie ist vielerorts zu spüren. Auch bei meinen Spezialthemen im Bundestag – Gesundheit und Rente – schlägt sie bereits durch. So kam die Nachricht, dass dem erst eingeführten Gesundheitsfonds in diesem Jahr fast drei Milliarden Euro fehlen werden. Zunehmende Arbeitslosigkeit, geringe Lohnzuwächse und die Ausweitung von Mini- und Midijobs führen zu diesem Finanzloch. Vor solchen Entwicklungen wäre das Gesundheitssystem besser geschützt, wenn alle Versicherten in eine Bürgerversicherung einzahlen und zur Beitragsberechnung alle

Einkommen herangezogen werden. Bei der Rente sieht es nicht besser aus. Gerade hat die Bundesregierung beschlossen, dass es keine Rentenkürzungen geben darf. Das soll beruhigen. Doch schon ist klar: Der Verzicht auf Kürzungen wird von den Rentnerinnen und Rentnern selbst bezahlt – mit ausbleibenden Erhöhungen in den Jahren danach. Abgesehen davon, dass die Rente schon durch zurückliegende Nullrunden de facto immer mehr an Wert verloren hat. DIE LINKE will, dass in Zukunft alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, egal ob Beamte, Selbständige oder Abgeordnete. Die Beitragsbemessungsgrenze soll angehoben werden. Dadurch

kommt mehr Geld in die Rentenkasse, das dann gerechter verteilt werden kann.

In diesem Sinne grüßt Sie Ihre

Dr. Martina Bunge  
Vorsitzende des Gesundheitsausschusses

## 7. Juni 2009

- Wahlen zum EU-Parlament
- Kommunalwahlen

Für die LINKE werben und hingehen!  
Und weitersagen: An der Kommunalwahl darf man schon ab 16 teilnehmen.

## Auf den Punkt

„Die Wirtschaft hat gegen den Datenschutz mobil gemacht und die Regierungsfaktionen CDU/CSU sowie SPD gingen kleinlaut in Deckung.“

Petra Pau, Vizepräsidentin des Bundestages, am 2. Mai 2009

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

# Grundsicherung contra Kinderarmut

In Mecklenburg-Vorpommern leben über 50.000 Kinder bis zu 15 Jahren in Hartz-IV-Familien. Nicht nur Reichtum, auch Armut wird vererbt. Arme Eltern, arme Kinder – dieser Kreis muss durchbrochen werden.

Bereits zu Jahresbeginn hatte das Bundessozialgericht festgestellt, dass die Hartz-IV-Regelungen für Kinder gegen das Grundgesetz verstoßen. Nun haben Kinderschutzbund, Arbeiterwohlfahrt und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) gemeinsam eine Kindergrundsicherung in Höhe von 500 Euro verlangt.

DIE LINKE unterstützt die Sozialverbände in ihrem Kampf gegen Kinderarmut. Noch immer negiert die Bundesregierung den spezifischen

Bedarf von Kindern. Es sind nicht einfach kleine Erwachsene, die deshalb mit einem kleineren Budget auskommen können. Besonders wer Kinder oder Enkelkinder hat weiß, was alles dazu gehört, damit sie sich gut entwickeln können. Heranwachsende brauchen nicht nur gesundes Essen, sondern auch Bücher, Schulsachen, das Geld für den Sportverein oder die Musikschule, für eine Ferienreise oder einen Konzertbesuch. Die Armut der Familien muss langfristig durch existenzsichernde Erwerbsarbeit verhindert werden. Deshalb gehört die Einführung eines Mindestlohnes für uns zum Kampf gegen die Kinderarmut. Weiterhin könnte eine Anhebung des Kinderzuschlags, des Kindergelds und des Wohngelds

verhindern, dass erwerbstätige Eltern wegen der Versorgung ihrer Kinder bedürftig werden. Zugleich sind die Kinderregelsätze bei Hartz-IV-Bezug am realen Bedarf von Kindern auszurichten. Diese Veränderungen sind nicht so ohne Weiteres durchzusetzen. Deshalb fordern wir sofort die folgenden Verbesserungen für Kinder von Hartz-IV-Familien: Statt bisher 211 Euro sollen Kinder unter sechs Jahren 276 Euro und von sechs bis 13 Jahren 332 Euro erhalten. Für 14- bis 17-jährige ist der Regelsatz von 281 auf 358 Euro anzuheben. Das erhöhte Kindergeld und der angehobene bedarfsgerechte Kinderzuschlag müssten dann zu einer bedarfsorientierten Kindergrundsicherung ausgebaut werden.

## Gefährliche Dispo-Kredite

# Schuldengefahr eindämmen

Einen Dispo-Kredit in Anspruch zuzunehmen, ist eine teure Angelegenheit. Häufig rutschen Haushalte dadurch in die Überschuldung. Das will DIE LINKE eindämmen und verlangt eine entsprechende gesetzliche Festlegung. Der Zinssatz für Überziehungskredite lag in jüngster Zeit durchschnittlich bei 11,42 Prozent. Damit ging er gegenüber September 2008 nur geringfügig um 0,56 Prozent herunter. Seit diesem Zeitpunkt aber sank der Leitzinssatz der Europäischen Zentralbank von 4,25 Prozent auf 1,5 Prozent, also

um 2,75 Prozentpunkte. Die deutschen Banken kommen so zu billigen Krediten, geben aber die Leitzinssenkung nicht an ihre Kundinnen und Kunden weiter. Im Vergleich zu anderen Krediten ist der Zinssatz für Überziehungskredite besonders hoch. Dies zeigt ein Vergleich mit Konsumkrediten mit variablen Zins, die aktuell mit durchschnittlich 5,1 Prozent verzinst werden. Kommt jemand im Zusammenhang mit einem Verbraucherdarlehen in Zahlungsverzug, ist der Verzugszins gesetzlich vorgeschrieben und

beträgt fünf Prozent über dem Basiszinssatz. Selbst in einem solchen Falle werden die Zinsen nicht so hoch ausfallen wie bei einem Dispo-Kredit. Für seine Begrenzung gibt es bisher keine entsprechende Regelung. Mit einem Gesetzesentwurf fordert die LINKE eine analoge Festlegung. Auch bei Dispo-Krediten soll gelten: Basiszinssatz plus fünf Prozent. Generell wäre es besser, die Kaufkraft zu stärken, zum Beispiel durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes.

*Gesetzesentwurf, DS 16/12304*

## Rentenüberleitung

# Regierung muss handeln

Die Abgeordneten der anderen Fraktionen haben es nicht geschafft, über ihren Schatten zu springen. Während seiner Sitzung am 4. Mai befasste sich der Ausschuss für Arbeit und Soziales mit zahlreichen Anträgen zur Rentenüberleitung Ost. Dafür lagen 17 Initiativen der LINKEN und je eine von FDP und Bündnis 90/Die Grünen vor.

Mit seiner Mehrheit von Union und SPD hat der Ausschuss die Ablehnung sämtlicher Anträge empfohlen. Auch FDP und Grüne konnten sich nicht entschließen, wenigstens einzelne unserer Anträge zu unterstützen. Die Initiativen sahen vor, Ungerechtigkeiten der Rentenüberleitung endlich aus der Welt zu schaffen. Betroffen davon sind nicht nur, wie oft behauptet, staatsnahe Per-

sonen aus der DDR. Auch Geschiedene, Beschäftigte des Gesundheitswesens, von Bahn und Post oder Balletttänzerinnen und -tänzer haben darunter zu leiden. Viele Ältere, besonders Frauen, befinden sich in einer schwierigen sozialen Lage. Sie und weitere Benachteiligte werden genau schauen, wie sich die Abgeordneten der einzelnen Fraktionen demnächst bei der abschließenden Lesung im Bundestag verhalten. Selbst wenn die Zeit knapp wird: Noch könnten Union und SPD die Initiative ergreifen und zeigen, dass ihnen die Lebensleistung im Osten etwas wert ist. Milliarden für die Banken konnten auch in sehr kurzer Zeit bereitgestellt werden.

*Anträge, DS 16/7019 bis 16/7035*

## Rente mit 67

# Widersinnig!

„Erhöhung der Regelaltersgrenze auf 67 zurücknehmen“ lautet die Überschrift des Antrags 16/12295 der LINKEN und bringt auf den Punkt, worum es geht. Die Rente erst ab 67 wird immer widersinniger. Es ist so sicher wie das Amen in der Kirche, dass mit der Krise die Arbeitslosigkeit drastisch ansteigt. Die geplante Erhöhung des Renteneintrittsalters wird diese Situation noch verschärfen. Berufsanfängern bleibt

der Zugang zum Arbeitsmarkt versperrt, Älteren droht vermehrt die Entlassung. Hinzu kommt, dass sich in nächster Zeit die geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegszeit dem Rentenalter nähern. Vor diesem Hintergrund wird die Erhöhung des Rentenalters für viele Beschäftigte erhöhte Arbeitslosigkeit im Alter und eine geringere Rente durch vermehrte Abschlüsse bedeuten.

*Antrag, DS 16/12295*

## Drucksache

### Initiativen der Fraktion

#### Spitzensteuersatz.

Für Einkommen über 125.000 Euro (bzw. 250.000 Euro bei Verheirateten) soll der Spitzensteuersatz von 42 auf 47 Prozent steigen.

*Antrag, DS 16/12891*

#### Krankenversicherung.

Besonders Ich-AGler und andere Solo-Selbständige können die Mindestbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung nicht aufbringen. Durch staatliche Hilfe muss das Existenzminimum geschützt werden.

*Antrag, DS 16/12734*

#### Atomwaffen raus!

Die Bundesregierung soll mit der US-Regierung den sofortigen Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland aushandeln.

*Antrag, DS 16/12684*

#### Beauftragten benennen.

DIE LINKE verlangt einen unabhängigen Beauftragten zur Untersuchung von Polizeigewalt. Dabei beruft sich die Fraktion auf den Fall von Oury Jalloh, der in Polizeigewahrsam bei einem Brand zu Tode gekommen ist.

*Antrag, DS 16/12683*

#### Pläne für Kleingärten?

Welche Pläne hat die Bundesregierung mit Kleingartenanlagen auf bundeseigenen Flächen? Diese Anfrage zielt auf den Erhalt und die Sicherung von Kleingärten.

*Kl. Anfrage, DS 16/12762*